

Wildbader

Enzthalbote Wildbader Zeitung Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad und das obere Enzthal

Ercheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich 1,40 RM, bei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerschweizerischen Vertriebe monatlich 1,70 RM. — Einzelnummern 10 Pf. — Postkonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Ravensburg Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enzthalbank Söhne & Co., Wildbad, (Vorzeiger Gewerbebank) Hl. Wildbad. — Postkontonummer 20174.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 96. Telefon 179. — Wohnung: Bismarckstraße 68

Nummer 271

Februar 179

Samstag den 17. November 1928

Februar 179

63. Jahrgang

Deutscher Reichstag

Der Panzerkreuzer

Berlin, 16. November.

Reichskanzler Müller gibt namens der Reichsregierung eine Erklärung ab:

Das Kabinett hat von der vorigen Regierung eine Erbschaft übernommen, die es zu verwalten hat. Es geht nicht an, daß dieselben Minister in einem anders zusammengesetzten Kabinett das verleugnen, was sie vorher behauptet haben. Wir haben dem Reichswehrminister Gelegenheit gegeben, seine Stellung über die Notwendigkeit des Baues des Panzerkreuzers bekanntzugeben. Es ist richtig, daß bereits Lieferungen für 32 Millionen Mark vergeben sind. Selbstverständlich kann ein Schiffkörper nur im ganzen zum Bau vergeben werden. Ich gebe offen zu, daß Gründe dafür sprechen, daß ich mich als Reichskanzler von der Meinung meiner Partei trennen müßte, aber es handelt sich hier um eine ganz besondere Lage. Das Abstimmungsergebnis wird möglicherweise um eine oder zwei Stimmen nach dieser oder jener Richtung fallen. Da ist es selbstverständlich, daß die Fraktion keine Stimme entbehren will. Nachher würde n'r der Vorwurf gemacht werden können, ich sei der Mann, der an seinem Amt klebt. (Lebhafte Zurufe des Grafen Westarp-Dn.) Ich kann mir den Vorwurf der Unehrlichkeit verbitten. Niemand in Deutschland wird Ostpreußen als abgetrennt erklären. Es kann auch keine Rede davon sein, daß die Sozialdemokratische Partei den Wehrgeboten an sich abgelehnt, oder daß sie für einen Frieden um jeden Preis eingetreten wäre.

Reichswehrminister Groener: Die Reichswehr muß aus der Politik herausgebracht werden. Nach meiner vollsten Ueberzeugung, die auch der weit überwiegende Teil des deutschen Volkes teilt, haben wir eine Marine dringend nötig. Maßgebende Gründe dafür sind einmal der Kräftezuwachs, den die Marine dem Landheer bringt, zum andern die freie Ostsee. Eine Aufgabe unserer Marine würde uns nach dem Versailler Vertrag noch nicht berechtigen, unser Landheer auch nur um eine Kanone zu verstärken. Infolgedessen bedeutet die Marine einen unerfesslichen Kräftezuwachs. Auch die kleinste Flotte ist die beste Art des Küstenschutzes. Die Marine dürfte in Zukunft berufen sein, wieder eine erhebliche Rolle zu spielen. Sie ist eine starke Entlastung des Heers. Unsere geographische Lage läßt den Fall zu, daß die Marine zur Aufrechterhaltung unserer Neutralität eine wichtige Rolle spielen könnte. Besondere Bedeutung könne sie auch haben, um eine unbehinderte Handelschiffahrt zu sichern. Wenn die Marine aber Lebensberechtigung hat, dann muß man ihr auch die Lebensmöglichkeit geben und sie wenigstens in dem wirklich recht bescheidenen Rahmen des Versailler Vertrags erhalten. Dazu gehört in erster Linie der Ersatz veralteten Materials. Unsere ältesten Schiffe sind bereits bedeutend über 20 Jahre im Dienst, während unsere Vertragsgegner uns eine Höchstbauer von 20 Jahren zugebilligt hätten. Unsere jetzigen Linienschiffe sind für die notwendige Zusammenarbeit mit den Kreuzern zu langsam. Ihre Konstruktion ist überholt. Der neue Typ erfüllt alle an ihn gestellten Forderungen. Er ist auf hohe Dauerleistungsfähigkeit konstruiert und befähigt, mit den Kreuzern praktisch zusammenzuarbeiten, sowie einem überlegenen Gegner rechtzeitig auszuweichen. Seine Kampfkraft ist den 10 000-Tonnen-Kreuzern weit überlegen, und er ist auch für Großkampfschiffe ein gefährlicher Gegner. Die Geschütze überragen an Reichweite unsere alten Linienschiffe um 12 Kilometer. Sie sind in der Lage, in der Minute das Dreifache der Geschütze zu verfeuern. Die Gefahr der deutschen Seetransporte ist verringert, wenn sie von dem schnellen deutschen Panzerkreuzer begleitet werden. Die U-Boote-Ubwehr habe sich im letzten Stadium des Weltkriegs den U-Booten schließlich überlegen gezeigt. Durch Ausnutzung aller modernen Errungenschaften der Technik und durch den zähen Arbeitswillen, etwas Brauchbares auch unter den Beschränkungen des Versailler Vertrags zu erzielen, ist es gelungen, etwas so Vorzügliches herzustellen. Insbesondere hat man erhebliche Gewichtsparsnisse bei den Maschinen usw. gemacht. Der Bau kommt der Bevölkerung der Seestädte zugute. 56 Millionen von den 80 Millionen Mark werden als Lohn verwendet werden. (Hört! Hört!) Die Ablehnung des Baues würde mindestens 1500 Arbeiter auf die Straße werfen. Das erste Panzerschiff ist den Deutschen Werften in Kiel übertragen. Ich erkläre, daß ich in meiner Stellung als Reichswehrminister die Einstellung des Panzerschiffbaus nicht verantworten könnte.

Abg. Treppner (Dnat., im Weltkrieg Unterseebootkommandant): Der sozialdemokratische Antrag ist nicht ernst zu nehmen und wird von ihnen selbst nicht ernst genommen, er hat nur die Bedeutung einer Spiegelschere vor den Massen. Glaubt irgend jemand unter den ernsthaften Politikern, daß in absehbarer Zeit tatsächlich von den

Tagespiegel

Mit dem englischen Dampfer „Vestris“ sind der Deutsche Franke (Direktor der Gebr. Rötting U.-G. in Hannover für Buenos Aires), seine Frau und die beiden 20 und 12 Jahre alten Töchter untergegangen.

Die neue rumänische Regierung Maniu stellt fest, daß die liberale Partei Versuche mache, die Bevölkerung gegen die Regierung aufzubeugen und Ausschreitungen hervorzurufen.

Infolge der Missernte in der Ukraine sollen nach Moskau Meldungen etwa 732 000 Familien in bitterster Not sein. Der staatliche Getreidehandel hat in der rechtzeitigen Verteilung der Vorräte, die in anderen Teilen des Landes in Menge vorhanden sind, vollständig versagt.

großen seefahrenden Nationen abgerüstet wird, es wäre ein Pflanzergewinn, wenn der Ersatz unserer überalterten Linienschiffe mit dem Ersatzbau A beendet wäre. Wir halten vielmehr die planmäßige Ausnutzung der Versailles Möglichkeiten für lebensnotwendig. Noch wichtiger als die rein militärische Frage ist die politische Notwendigkeit. Der Redner erinnert an Ostpreußen, mit dem wir nur auf dem Seeweg Verbindung haben, an die Ostseefischerung überhaupt, ferner an die Hungersnot des Weltkriegs. Ohne eine schlagfertige Flotte könnten wir in Kriegszeiten die Kinderpeinung nicht sicherstellen. Eine Ablehnung würde die Ermütigung mancher Nachbarn bedeuten. Es geht hier nicht um den Panzerkreuzer, sondern um den Wehrgeboten schlechthin. Da gibt es allerdings nur eine reinliche Scheidung der Geister. Es ist kennzeichnend für das deutsche Volk, daß kluge gebildete Einzelwesen zu Kindern werden, sobald parteipolitische Weltanschauung sich verbreitet. Ich kann mir eine deutsche Politik nicht vorstellen, die nicht in allererster Linie die Sicherung Deutschlands erstrebt. Wenn die sozialdemokratischen Minister jetzt gegen den Panzerkreuzer stimmen, während sie vorher für den Bau gestimmt haben, so muß ich an das Wort des verstorbenen Führers der Sozialdemokratie, August Bebel, erinnern, der sagte: „Der Führer, der nicht den Mut hat, gegen den Willen der Massen seine Ueberzeugung zu vertreten, weil er sie für die Sache dienlich hält, der ist in meinen Augen ein elender Kerk!“ Den Sozialdemokraten könnte nichts unerwünschter sein, als wenn ihr Antrag gegen den Bau angenommen würde. Und die Rechte hätte jetzt die beste Gelegenheit, ihre ganze Unehrlichkeit an den Pranger zu stellen, indem sie bei der Abstimmung sich der Stimme enthalten und so die Annahme des soz. Antrags fördern und damit die Krise in der Regierungskoalition herbeiführen würde. Aber der Wehrgeboten und die Sorge um den Osten sind zu groß, als daß wir die für uns so günstige Gelegenheit zu taktischen Maßnahmen mißbrauchen wollten. Wir selbst werden den Zeitpunkt wählen, an dem wir dem Volk Gelegenheit geben, über die Doppelzüngigkeit der Sozialisten zu Gericht zu sitzen.

Von den Kommunisten sind inzwischen Mißtrauensanträge gegen den Reichskanzler und gegen Minister Groener eingebracht worden.

Reichskanzler Müller ergreift nochmals das Wort. Es könne keine Rede davon sein, daß die Sozialdemokratische Partei den Wehrgeboten an sich ablehne. Wer für die Mißtrauensanträge stimme, habe auch dafür zu sorgen, daß eine neue Regierung zustande komme.

Abg. Domkapitular Leicht (Bayer. Sp.), von den Kommunisten mit dem Ruf empfangen: „Recht wird der Panzerkreuzer eingezogen“, gibt für seine Partei die Erklärung ab: Die Bayerische Volkspartei gibt dem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck, daß nach bereits gefasster Entscheidung und Inangriffnahme des Panzerkreuzers aus parteipolitischen Gründen diese Frage erneut aufgeworfen wird. Wir werden deshalb die vorliegenden Vorträge ablehnen. — Ein Kommunist ruft: „Amen!“ Abgeordneter Leicht: Diesmal haben Sie sich geirrt, denn das Wichtigste kommt erst jetzt: Und die Verantwortung für alle Folgen dieser Anträge müssen wir ihren Urhebern überlassen.

II

Deutscher Reichstag

Der sozialdemokratische Antrag abgelehnt

Abg. Brüninghaus (DBP) erklärt, der Abg. Wels hätte gestern seine Rede besser nicht halten sollen. Der Redner erinnert an das große Vertrauensvotum, das die französische Kammer gestern Poincaré ausgesprochen habe und fährt fort: Statt daß wir auch in unserer Nation versuchen, in Einigkeit unseren Unterhändlern in der Reparationsfrage gegenüberzutreten, gehen wir daran, durch Anträge, die weder aus etatistischen, noch allgemein politischen Gründen zu rechtfertigen sind, eine Spaltung in das Volk

hineinzutragen. Dieses Verfahren könne verhängnisvolle Folgen haben. Wenn etwa durch das Vorgehen der Sozialdemokraten schwere Konflikte innerer Natur aufstauen und unsere Stellung gegenüber dem Reparationsproblem geschädigt werden sollte, dann fällt die volle Verantwortung auf die Antragsteller zurück. Der Antrag der Sozialdemokraten ist etatistisch etwas ganz Neues.

Wir betrachten diese Angelegenheit vom politischen Gesichtspunkt, Abg. Wels vom — rein parteipolitischen Gesichtspunkt. Die Erklärung, daß der Reichstag an die Beschlüsse des vorigen Reichstags nicht gebunden sei, macht den Parlamentarismus unmöglich. Der sozialdemokratische Parteivorstand Wels hat dem Wehrminister Groener aus der Vergebung der Aufträge im Betrag von 32 Millionen einen schweren Vorwurf gemacht. Reichskanzler Müller hat diesen Vorwurf widerlegt und zurückgewiesen. Es scheinen doch große Unstimmigkeiten in der Sozialdemokratischen Partei zu bestehen. Wenn sich die Sozialdemokratie aus rein parteipolitischen Gründen dem Ausbau der Marine widersetzt, dann veründigt sie sich am deutschen Volk. Can unmöglich sei es, soziale Fragen mit Angelegenheiten nationaler Notwendigkeit irgendwie zu verbinden. Es handle sich nach der Rede des Abg. Wels nicht mehr um den Panzerkreuzer, sondern darum, ob überhaupt der Gedanke der Wehrhaftigkeit im deutschen Volk erhalten werden solle oder nicht.

Der sozialdemokratische Antrag auf Einstellung des Baues des Panzerkreuzers A wurde mit 255 gegen 203 Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt. Für den Antrag stimmten nur die Sozialdemokraten einschließlich der soz. Reichsminister und der Kommunisten.

Neueste Nachrichten

Führertagung des Reichslandbunds

Selbsthilfe und Staatshilfe

Berlin, 16. Nov. In der gestrigen Nachmittagsitzung der Führertagung des Reichslandbunds sprach Professor Dr. Beckmann, Bonn, über „Selbsthilfe und abhörorganisatorisches Gebiet“. Er hob den Kapitalmangel der Landwirtschaft in der Nachkriegszeit hervor und betonte, daß alle anderen Wirtschaftsgruppen durch Preisbindungen vor der Konkurrenz geschützt seien. Zölle könnten nur die Angebotskonkurrenz des Auslands abhalten, aber nicht die Inlandsanbieter unter sich. Deshalb seien sie nur wirksam, wenn sie nicht durch Massenangebot im Inneren unwirksam gemacht werden. Da ein Kartell für den Landbau undurchführbar sei, könne nur eine andere Form des Zusammenflusses, die Genossenschaft, eine besondere Machtposition erreichen. Im Schlußwort erklärte Minister a. D. Schiele, daß der Reichslandbund die Selbsthilfe für den Erstlingskampf der Landwirtschaft in den Mittelpunkt der bisherigen Führertagung gestellt habe. Man müsse aber auch die Grenzen der Selbsthilfe achten, die bewiesen sind durch die weltwirtschaftlichen Ursachen der Agrarkrisis, den Kapitalmangel der Landwirtschaft, die Lebensart der Bevölkerung und den Hang zum Uebergeordneten. Wollen wir diese Hindernisse bezwingen, so kann die Parole nur heißen: „Selbsthilfe und Staatshilfe“. Er forderte zur Ergänzung der Selbsthilfe die Hergabe von Krediten und Zuschüssen zur Zinsverbilligung in Fortführung des landwirtschaftlichen Notprogramms, ausreichenden Zollschutz, wirksamen Ausbau und Fortführung der Umschuldung und einen gerechteren Ausgleich in Verbindung mit einer Herabsetzung der öffentlichen Lasten. Die Einsicht, daß die landwirtschaftliche Selbsthilfe der Erhaltung und Kräftigung durch den Staat bedarf, zwingt uns zu positiver Einstellung zum Staat. Wir müssen unsere politischen Kräfte verdoppeln, um uns im Parlament und dadurch auch in der Regierung stärker zur Geltung bringen zu können. Doch die Arbeit ist schwer und der Erfolg nur durch Geduld und Fähigkeit zu erringen. Darum erachte ich es als Pflicht, meinen Berufsgenossen zuzurufen: Seid einzig in unserer nationalen Verpflichtung über Selbsthilfe gegenüber Volk und Staat Spannet alle Kräfte an, aber wirtschaftet so, daß Ihr Euch die angestammte Scholle erhaltet. Nehmt dies als oberste Richtschnur für Eure Betriebsführung.

Die ungeschickte Rede Wels'

Berlin, 16. Nov. Die Rede, die der Abg. Wels (Soz.) im Reichstag zur Begründung des sozialdemokratischen Antrags gegen den Panzerkreuzer hielt, hat bei der Regierung und im ganzen Reichstag peinliches Aufsehen gemacht. Gegen den Bau des Schiffes brachte er so gut wie keine Gründe vor, dagegen verbreitete er sich ausführlich über das „Weberelend im Waldenburger Revier“ (Schlesien), obgleich dieses Elend auch bestand, als die sozialdemokratischen Minister für den Bau stimmten und dies eine Sache Preußens ist. Aufsehen erregte seine Behauptung, die Sozialdemokratie kämpfe nicht gegen die Reichswehr, sondern darum, sie zu einem Instrument der Republik zu machen. Die Ablehnung des Panzerkreuzers sei nur eine

Folge des Wahlausfalls, da im Wahlkampf der Sozialdemokratie der Panzerkreuzer eine Hauptrolle gespielt habe usw. Die Rede des Abg. Wels war deshalb fast ständig von der Heiterkeit und dem ironischen Beifall der Rechten begleitet. Die „Germania“ meldet, sofort nach der Reichstagsführung sei das Reichskabinett zusammengetreten und man habe dem Reichszentralrat Müller gegenüber Verwahrung gegen die Rede eingelegt. In der heutigen Besprechung der Reichsminister mit den Fraktionsführern wurde der Vorfall erörtert.

Nach einer Berliner Korrespondenz soll Abg. Wels nicht mehr nüchtern gewesen sein, als er seine Rede hielt.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags beschäftigte sich nach der Vorklage mit dem Verlauf der Aussprache über den Panzerkreuzerbau. Es kam dabei eine sehr starke Missstimmung über die Art des Auftretens des Abg. Wels zum Ausdruck. Die Zentrumsfraktion wird mit Ausnahme einiger weniger Mitglieder, die sich der Stimme enthalten werden, geschlossen gegen den sog. Antrag stimmen.

Um die Biersteuer-Anteile

Leipzig, 16. Nov. Der Staatsgerichtshof des Deutschen Reichs verhandelt am Samstag einen Rechtsstreit, um die Anteile der Freistaaten Bayern, Württemberg und Baden an der vom Reich erhobenen Biersteuer. Diese Anteile waren erstmalig durch die Gesetze über den Eintritt von Bayern, Baden und Württemberg in die Biersteuergemeinschaft vom 24. Juni 1919 bzw. 27. Dez. 1919 festgelegt worden. Durch Gesetz vom 9. April 1927 wurden die entsprechenden Paragraphen der beiden Gesetze abgeändert. Bayern, Baden und Württemberg wurden danach erhöhte Anteile zugewiesen. Preußen beantragte nun, das Gesetz vom 9. April 1927 für ungültig zu erklären, da es nicht mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit, sondern nur mit einfacher Mehrheit zustande gekommen sei.

Das Deutsche Reich, vertreten durch das Reichsfinanzministerium, dem Bayern, Baden und Württemberg beigetreten sind, beantragt Ablehnung des preussischen Antrags. Beide Parteien haben Gutachten bedeutender Staatsrechtslehrer für ihren Standpunkt beigebracht.

*

Schwache Vertrauenserklärung für Poincaré

Paris, 16. Nov. In der gestrigen Kammer Sitzung verlas Poincaré die Regierungserklärung des neuen Kabinetts. Daraus führte er u. a. aus, es sei nicht beabsichtigt, von der Vainengesetzgebung etwas preiszugeben. Die Verhandlungen, die er mit den Bolschewikern von England, Italien, Deutschland und Belgien geführt habe, mühten fortgesetzt werden, damit man im Ausland nicht sagen könne, es sei die Schuld Frankreichs, daß diese Entschuldigungsverhandlungen unterbrochen würden. Die Regierung sei damit einverstanden, wenn die Sachverständigen annehmbare Vorschläge machen könnten, die es Frankreich gestatten, seine Schulden an England und Amerika zu bezahlen und den Wiederaufbau zu bestreiten. Die deutsche Schuld sei durch das Londoner Abkommen vom 5. Mai 1921 festgelegt. Im Dawesplan sei weder die Zahlungsweise, noch die Zahl der Jahreszahlungen, noch der Gesamtbetrag bestimmt worden. Frankreich könnte sich wohl damit begnügen, wenn der Dawesplan fortgesetzt würde. Die Sicherheiten, die ihm die Verträge geben, könne es nicht leichtfertig aufgeben. Dies könne es nur tun an dem Tag, an dem die deutsche Schuld „kommerzialisiert“ und die Schulden Frankreichs bezahlt werden. Er sei überzeugt, daß Amerika seinen Beistand für die Untersuchung durch Sachverständige leisten werde.

Die Kammer nahm eine von dem Linkenrepublikaner Sibille beantragte und von Poincaré gebilligte Tagesordnung, daß die Kammer die Erklärung der Regierung billige, mit 330 gegen 129 Stimmen bei 133 Stimmenthaltungen an. Von 592 anwesenden Abgeordneten erhielt das Kabinett also nur die mäßige Mehrheit von 68 Stimmen.

Die Wiederaufbauforderungen Frankreichs

Paris, 16. Nov. Im Kammerausschuß für den Wiederaufbau wurde mitgeteilt, daß sich die Kosten für den Wiederaufbau auf 95 Milliarden Franken (15,6 Milliarden Goldmark) belaufen. Davon seien 20 Milliarden Franken noch zu bezahlen. Der Wiederaufbau werde im Jahr 1930 beendet sein.

Paul-Boncour zurückgetreten

Paris, 16. Nov. Die Sozialistische Partei verlangte von Paul-Boncour, daß er die Vertretung der französischen Regierung im Völkerbund niederlege. Er teilte darauf Briand schriftlich seinen Rücktritt mit. — Paul-Boncour, ein fanatischer Feind Deutschlands, ist einer der eifrigsten Befürworter der Aufrüstung Frankreichs.

Gegen die Kriegsschuldfrage

Die amerikanische Wochenschrift „Life“ schreibt in einem Leitartikel zum diesjährigen Waffenstillstandstag: „Es hat sich jetzt klar erwiesen, daß Deutschland nicht die Alleinschuld am Weltkrieg hat, wie der Friedensvertrag es fälschlich behauptet. Kein Politiker in den Siegerländern wagt es jedoch, der erste zu sein, der die Streichung des Artikels 231 des Versailler Vertrags vorschlägt. Jetzt hat Amerika Deutschlands Platz als führende Weltmacht eingenommen und hat damit gleichzeitig die Unbeliebtheit geerbt, die mit der wachsenden Bedeutung eines Landes offenbar verbunden ist.“

Der ehemalige italienische Ministerpräsident Ritti, einer der Unterzeichner des Versailler Vertrags, schreibt in seinem Buch „Der Friede“: „Solange die Lügen des Versailler Vertrags in Geltung bleiben, gibt es keinen Frieden.“

Württemberg

Stuttgart, 16. November.

Errichtung eines Ehrenmals für die Gefallenen der 27. Inf.-Div. Das Ehrenmal der oberschwäbischen 27. Inf.-Div. wird in dem Ehrenhain auf dem Waldfriedhof in Stuttgart aufgestellt werden. Das Ehrenmal, das am 21. April 1920 eingeweiht werden wird, soll aus einer einfachen Steinsäule bestehen.

Die Arbeitslosen in Stuttgart. Nach der Feststellung vom 14. November standen in Stuttgart 3384 Arbeitslose (2570 männliche und 814 weibliche) in gesetzlicher Unterbringung. In der Krisenunterstützung wurden 345 Personen (298 bzw. 47) gezählt.

Reiche Abwechslung



In der täglichen Suppe bietet die große Sortenauswahl von **MAGGI** Suppenwürfeln. Es gibt Eier-Nudeln, Reis, Blumenkohl, Ochsenschwanz, Erbsen, Grünkern, Tomaten, Rumpford und viele andere
1 Würfel für 2 Teller Suppe 13 Pf

Stuttgart, 16. Nov. Vom Landtag. Vom Abg. Sträbele (WVd.) ist folgende kleine Anfrage eingegangen: Dem Vernehmen nach beabsichtigt die württembergische Gebäudebrandversicherungsanstalt eine Erhöhung der Beitragssätze für die versicherten Gebäude vorzunehmen, und zwar sowohl durch eine allgemeine Erhöhung dieser Sätze als auch durch eine viel schärfere Erfassung der stärker gefährdeten Gebäudeklassen. Dadurch würde aber gerade die leistungsschwache Landwirtschaft am meisten betroffen, weil sie im allgemeinen nicht so massiv bauen kann wie andere leistungsfähige Betriebe. Wäre es nicht möglich, mit Rücksicht auf die zur Zeit bestehende große Unrentabilität der Landwirtschaft von einer Erhöhung der Beitragssätze für landwirtschaftliche Gebäude Abstand zu nehmen?

Verleihung der Rettungsmedaille. Der Staatspräsident hat dem Finanzrat a. D. Bader in Ellwangen die Rettungsmedaille verliehen.

Volksschullehrerprüfung. Auf Grund der am 5. Nov. 1928 und den folgenden Tagen abgehaltenen 2. Dienstprüfung für katholische Volksschullehrer sind zur Anstellung auf ständigen Lehrstellen 36 Lehrer und 4 Lehrerinnen für befähigt erklärt worden.

Vom Tage. In einem Hause der Paulusstraße stürzte ein 73 Jahre alter Mann eine Steintreppe hinab. Er erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen er nach kurzer Zeit starb.

Silberfuchsjarm. Ein Deutschamerikaner, dessen Vater in Amerika eine größere Pelztierfarm besitzt, hat in Stuttgart am Herderplatz gegenüber den neuen Spielplätzen eine kleine Silberfuchsjarm mit vorläufig drei Paaren, die mit einer größeren Sendung von Füchsen kürzlich aus Amerika eintrafen, eingerichtet. Die Farm soll ausgebaut und nach Gerlingen unter der Solitude verlegt werden. Der Preis eines Silberfuchspaars soll sich, wie man hört, auf 10 000 Mark stellen.

Aus dem Lande

Befigheim, 16. Nov. Verhafteter Dieb. Durch einen Beamten der hiesigen Landjägerstation konnte ein Dieb festgenommen werden, der in einer hiesigen Wirtschaft die Büfettische ihres Inhabers beraubt hatte. Es handelt sich um einen schon öfters vorbestraften Menschen aus der Ulmer Gegend, der die Tat mit einem „Kollegen“ ausgeführt haben will, der aber rechtzeitig das Weite suchte.

Keutlingen, 16. November. Betrunkener Kraftwagenführer. Abends fuhr ein Personenauto Cde Oberamt- und Kanzleistraße auf den Bürgersteig, wobei Personen gefährdet wurden. Da der Führer des Wagens betrunken war, hatte ihm bereits kurz vorher ein Polizeibeamter in einer Wirtschaft den Führerschein entzogen, was ihn aber nicht abhielt, mit dem Auto wegzufahren. Der Führer wurde in Schutzhaft genommen.

Tübingen, 16. Nov. Urteil wegen Mordversuchs. Das Schwurgericht hat die 26 J. a. l. d. Dienstmagd Elisabeth Girschbach von Schömburg Wt. Neuenbürg wegen Mordversuchs an ihrem nur wenige Tage alten Kind zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. — Außerdem hat das Schwurgericht den 24 J. a. l. d. Dienstknecht Adolf Glädler von Schwemmingen, Wt. Rehfirch, wegen Mordversuchs und versuchten Totschlags zu 13 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Glädler hatte anfangs Oktober in Scheltingen Wt. Nagold seinen früheren Dienstherrn, den Wirt Heinrich Gutelun, nebst Frau nachts überfallen. Glädler war von Gutelun wegen Verdachts des Fruchtstiebstahls entlassen worden. Aus Rache dafür beging er die Tat.

Rottendorf, 16. Nov. Vom Lastkraftwagen tödlich überfahren. Eben als ein Lastauto der Brauerei Wulle, Stuttgart, daherkam, sprang ein vierjähriger Bub des Obermonteurs Christ von hier mitten aus einer Gruppe Arbeiter auf die Straße gerade in das Auto hinein. Der Wagenführer bemerkte sofort, aber es war zu spät. Das Borderrad hatte bereits den Knaben erfasst und niedergedrückt. Das Hinterrad ging über dessen Kopf, so daß der Tod sofort eintrat.

Schramberg, 16. Nov. Doppeltes Jubiläum. Am 16. November waren es 40 Jahre, daß die Zugfedernfabrik Hugo Kern hier gegründet wurde. Gleichzeitig feiert Herr Hugo Kern den 75. Geburtstag.

Schwemmingen a. N., 16. Nov. Am Donnerstag brach in der Lackiererei der Uhrenfabrik Kienzle ein Brand aus. Es gelang der Fabrikfeuerwehr, den Brand zu löschen. Der Raum brannte vollständig aus. Der Schaden ist nicht bedeutend.

Regglisweiler Wt. Laupheim, 16. Nov. Gewalttätige Gäste. Es gelang der Wöhringer Gendarmrie, drei Hausierer festzunehmen, die in verschiedenen Orten in der Umgebung geizt hatten und überall Streit angefangen hatten. In der Wirtschaft „zur Krone“ gerieten sie auch mit dem Wirt Heselhofer in Streit, bei dem der Haushund die späten Eindringlinge anpackte. Einer davon stieß dem Hund das Messer in den Rücken, so daß derselbe bald erendete. Die drei Festgenommenen sollten nun nach Altheim eingeliefert werden, leisteten aber nach kurzer Strecke Widerstand und wollten nicht zu Fuß gehen, so daß sie mit dem Auto ins Amtsgerichtsgefängnis Altheim eingeliefert werden mußten.

Vom Ries, 16. Nov. Hunde im Schafpferch. In der Nacht zum Samstag drangen Hunde in den bei der Pumpstation in Wemding befindlichen Schafpferch ein und haften dort furchtbar. Etwa 45 Schafe wurden von den Hunden teils gestöbt, teils verletzt.

Leutkirch, 16. Nov. Stiftungsfest. Die hiesige Turngemeinde veranstaltete anlässlich ihres 81. Stiftungsfestes zu Ehren des Turnvaters Jahn in der neuen Turnhalle eine Feier mit turnerischen Vorführungen.

Ulrich Wt. Keutkirch, 16. Nov. Tödlich verunglückt. Als die 59jährige ledige Pauline Kirchnermann das Vieh auf der Weide hütete, stürzte sie plötzlich ein Faren auf sie los und warf sie bestia zu Boden.

Wiß Hilfe gebracht wurde, war sie den schweren Verletzungen bereits erlegen.

Marstetten, Wt. Keutkirch, 16. Nov. Zigeunerplage. Seit einigen Monaten wird das Mittel völlig überfüllt von lästigem Zigeunervolk. Vom Morgen bis in die tiefste Nacht hinein werden die Ortshäuser von Weib und Kind ausgebettelt, während die Herren Zigeuner meist in den Wirtschaften ein flottes Leben führen. Die Bevölkerung wünscht ein energisches Eingreifen gegen dieses freche Treiben.

Erpfingen Wt. Keutlingen, 16. Nov. Von einem wütenden Faren getötet. Als Farenwärter Joh. Fried, ein Sohn des Gemeindepfleger Fried, einen Faren losmachte und herausführen wollte, ging dieser auf ihn los und drückte ihn an die Wand. Mit schweren Verletzungen mußte Fried in seine Wohnung verbracht werden. Der Verunglückte ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen. Er hinterläßt 6 unmündige Kinder.

Ulm, 16. Nov. Für eine bürgerliche Einheitsliste. Die Deutschnat. Volkspartei (Württ. Bürgerpartei) hat an sämtliche übrigen bürgerlichen Parteien des Gemeinderats die Anfrage gerichtet, ob sie sich grundsätzlich zur Aufstellung einer bürgerlichen Einheitsliste, mindestens aber zu einer Verbindung der Listen bereit erklären wollen. Damit wird das Ziel verfolgt, die politischen Gegensätze der bürgerlichen Parteien auf dem Rathaus möglichst auszuhalten.

Kellmünz Wt. Biberach, 16. Nov. Bauneuer Kraftwerke an der Iller. Nun sollen auch die im Staatsvertrag zwischen Württemberg und Bayern dem letzteren Land zugesprochenen Wasserkräfte an der Iller zur Ausnützung kommen. Vorgesehen sind ein Kraftwerk bei Unterreichen und ein zweites bei Au. Es wird mit einer dreijährigen Bauzeit gerechnet.

Notiales.

Wildbad, den 17. November 1928.

November-Gewitter. Höchlich überrascht und verwundert war man heute früh, als ein heftiges Gewitter, von westlicher Richtung kommend, mit starkem Blitzen, mächtigen Donnerschlägen und Plazregen die Schläfer weckte. Es scheint dabei im Wald auch einmal (gegen 7/8 Uhr) eingeschlagen zu haben. Kurz nach 8 Uhr war schon alles vorbei und ein fast wolkenloser Himmel ließ das stattgehabte heftige Gewitter rasch vergessen.

Wahlveranstaltungen. Morgen Sonntag findet im Gasthaus zur Krone in Sprollenhaus von nachm. 2 Uhr an eine Wahlversammlung zur Aufstellung der Kandidaten zur Gemeinderatswahl für die Pargellen Sprollenhaus, Rohlhäusle, Sprollenmühle, Kälbermühle und Christophshof statt. — Der Allg. Deutsche Gewerkschaftsbund, Ortsauschuß Wildbad, beruft im heutigen Inseratenteil ebenfalls auf morgen nachmittag 2 Uhr eine Wahlversammlung ein und zwar in den „Grünen Hof“ hier. Als Referent spricht dort Gemeinderat Karl Grohmann-Stuttgart.

Gemeinsames Herbstkonzert. Der M.-S. Piedertranz und die Kapelle des Musikvereins veranstalten morgen Sonntag abend von 8 Uhr ab in der Turn- u. Festhalle ein gemeinsames Herbstkonzert mit sehr reichhaltigem, ausserordentlichem Programm. Es ist dies sehr zu begrüßen, denn es ist nicht daran zu zweifeln, daß die beiden Vereinskongregationen alles daran setzen werden, einen hohen musikalischen Kunstgenuss zu bieten und dabei zu zeigen, wie eifrig und zielbewußt Gesang und Musik in Wildbad gepflegt werden. Ein recht starker Besuch dieses gemeinsamen Konzerts seitens der gesamten Bürgerschaft ist somit eigentlich Ehrensache.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Die Jahrhundertfeier des Todestags Schuberts in Wien wurde am 15. November mit einem Festkonzert in der Akademie der Wissenschaften eröffnet. Es kamen nur Werke Schuberts zum Vortrag.

ep. „Erziehung ohne Religion unmöglich“. In diesem Jahr fand in Tokio eine von mehr als 1200 Teilnehmern besuchte, von den 3 Landesreligionen in Japan einberufene gemeinsame Religionskonferenz statt, welche über die Förderung der Volkswohlfahrt in Japan durch die Religionen zu beraten hatte. Hierbei wurde an die Regierung der Antrag gestellt, allen Schulen, welche Unterricht in einer Religion einführen und religiöse Feiern veranstalten wollen, dies zu gestatten. Damit steht die japanische Regierung vor der Entscheidung der Einführung des Religionsunterrichts. Prof. D. Dr. Witte (Berlin) bemerkte hierzu in einem Aufsatz in einem Berliner Blatt: „Es bleibt abzuwarten, wie die japanische Regierung weiter entscheiden wird. Aber es ist interessant und für unsere deutschen Schulkämpfe lehrreich, daß in diesem großen nichtchristlichen Reich die Regierung offen erklärt, daß nur durch die Religion die Volkswohlfahrt gefördert werden kann und daß die Lehrer Japans der einstimmigen Ueberzeugung sind, daß die Erziehung unmöglich ist ohne Religion.“

Ein tragischer Fall. Als die Pressenotizen über das Großfeuer im Industriebasen Mannheim vom Fernsprechan nach auswärts verbreitet wurden, mußte die Telefonbeamtin Geisert beim Gesprächskontrollieren die Nachricht erfahren, daß ihr Bräutigam, der Feuerwehrmann Schlecht, ein Opfer der Flammen geworden ist. Das junge Paar wollte zu Weihnachten heiraten. Die Beamtin mußte infolge Nervenzusammenbruchs nach Haus geführt werden.

Der Brand in den Delfabriken scheint durch Selbstentzündung von Kopra entstanden zu sein.

Der Staatsanwalt legt im Fall Bergmann-Jacoby Verurteilung ein. Gegen das auffallend milde Gesamturteil im Bergmannprozess hat die Staatsanwaltschaft in vollem Umfang Verurteilung eingelegt.

Verurteilung eines Gefängnisdirektors. Der Vorstand der Strafanstalt Neumünster (Hollstein) wurde aus dem Dienst entlassen, weil er dem wegen Mitwisserschaft am Rathenowmord zu drei Jahren Gefängnis verurteilten Brandt gewisse Straferleichterungen gestattet habe.

Doch nicht ganz unschuldig. Die Kölner Justizverwaltung feilt zu dem Raubüberfall bei Horrem im Jahr 1919, wegen dessen Huppeler, Fölges und der inzwischen verstorbene Böhmer verurteilt wurden, mit Fölges habe seinerzeit seine Mittäterlichkeit einestanden und Huppeler und Böhmer als